

Medienmitteilung

Thema	Schulreglement: Grünliberale bieten Hand zu einem Kompromiss
Für Rückfragen	Michael Köpfli (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	20.01.10

Schulreglement: Grünliberale bieten Hand zu einem Kompromiss

Die glp-Fraktion befürwortet nach wie vor ein möglichst einheitliches Zusammenarbeitsmodell auf der Sekundarstufe I, wie auch eine klare Vereinfachung der heutigen Struktur der Schulkommissionen. Die Grünliberalen sind aber zur Einsicht gekommen, dass das bisher geplante Tempo dieser Reformen zu schnell und die Richtung zu starr ist. Insbesondere benötigen diese notwendigen Veränderungen zwingend den Einbezug und die Unterstützung der direkt betroffenen Lehrpersonen und Schulleitungen.

Nachfolgend die konkreten Forderungen, welche die Grünliberalen morgen beantragen werden¹:

1. Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat spätestens vor den Sommerferien 2011 eine Vorlage zur Änderung dieses Reglements, welche **ein einheitliches Zusammenarbeitsmodell auf der Sekundarstufe I vorsieht**. Dieses muss kooperativen oder integrativen Charakter haben. **Der Unterricht von allen Schülerinnen und Schülern in der gleichen Stammklasse ist kritisch zu prüfen und nur dann vorzusehen, wenn dies die Unterstützung einer überwiegenden Zahl der Lehrpersonen erhält**. Das Reglement muss zudem die Voraussetzungen nennen, welche an einem Schulstandort ausnahmsweise ein anderes Zusammenarbeitsmodell zulassen. Teil dieser Voraussetzung müssen die Wünsche der betroffenen Lehrpersonen und der Eltern, wie auch die Auswirkungen auf andere Schulstandorte und die finanzielle Belastung des Gemeinwesens sein.
2. Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat spätestens vor den Sommerferien 2012 eine Vorlage zur Änderung dieses Reglements, welches eine Neuregelung der Schulkommissionen vorsieht mit dem Ziel, bei den Schulleitungen die operative Verantwortung weiter zu stärken und bei den Schulkommissionen oder der Schulkommission die strategische Verantwortung auszubauen. **Die heutigen Strukturen sind zu vereinfachen, insbesondere ist die Möglichkeit einer einzigen Schulkommission zu prüfen**.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, in Bezug auf die Reformvorschläge **ein breit abgestütztes Mitwirkungsverfahren** durchzuführen. Der Stadtrat ist über die Ergebnisse dieses Verfahrens zu informieren.

¹ Die Anträge ersetzen Artikel 72 der Schulreglements (Übergangsbestimmungen)